

Protokoll
der 5. Ordentlichen Delegiertenversammlung
vom 11. Februar 2010, 19:00 Uhr,
Zahnärzthehaus, Georg-Wilhelm-Straße 16, 10711 Berlin

Die Tagesordnung lautet:

1. Begrüßung, Ehrung Verstorbener
2. Protokollgenehmigung, Einsprüche
3. Bericht des Präsidenten
4. Fragestunde
5. Anträge
6. Novellierung Satzungen:
 - Überarbeitung Hauptsatzung der Zahnärztekammer Berlin - **Beschluss/Anlage**
 - Überarbeitung Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin - **Beschluss/Anlage**
7. Beratendes Gremium zur Überarbeitung der Wahlordnung
8. Verschiedenes

TOP 1 Begrüßung, Ehrung Verstorbener

Der Vizepräsident, Herr Geist, eröffnet die Sitzung um 19:25 Uhr und stellt fest, dass die Einladung satzungsgemäß und fristgerecht erfolgt ist.

Herr Kuhn stellt durch namentlichen Aufruf fest, dass 38 Delegierte anwesend sind. Drei Delegierte erscheinen nach Aufruf. Die Delegiertenversammlung ist beschlussfähig.

Herr Geist gibt bekannt, dass Frau Schwarz zur Protokollführerin bestellt wird. Die Tonaufnahmen werden nach Ablauf der Einspruchsfrist nicht gelöscht, sondern zwei Jahre archiviert.

Um eine ordnungsgemäße Erstellung des Protokolls gewährleisten zu können, bittet Herr Geist die Delegierten, vor Beginn eines Redebeitrages den Namen zu nennen, damit eine eindeutige Zuordnung erfolgen kann. Weiterhin bittet er die Delegierten, das Mikrofon bei Beginn eines Redebeitrages ein- und nach Beendigung des Redebeitrages wieder auszuschalten, damit die Aufnahme des Redebeitrages erfolgt und somit eine Wiedergabe im Protokoll möglich ist. Sofern Redebeiträge in das Protokoll aufgenommen werden sollen, ist dieses vorab deutlich zu machen.

Herr Geist teilt mit, dass er die Rednerliste führen werde.

Die Delegierten gedenken ehrend der seit der letzten Delegiertenversammlung verstorbenen Kollegen

Frau ZÄ Ute Hippmann
 Herr Dr. Hans-Joachim von Heyden
 Herr Dr. Reinhard Gierschke
 Frau Dr. Sabine Kohlhoff
 Herr Dr. Hans-Joachim Heine
 Herr Zahnarzt Mirko Siegel
 Herr Prof. Dr. Dr. Raimund Harndt
 Herr Dr. Wolfgang Poltermann

TOP 2 Protokollgenehmigung, Einsprüche

Zum Protokoll der 4. Ordentlichen Delegiertenversammlung vom 24.09.2009 ist ein fristgerecht eingelegter Einspruch des Delegierten Weiß vom 20.11./30.11.2009 eingegangen, der vom Vorstand schriftlich beantwortet worden ist. Sowohl der Einspruch selbst als auch die diesbezügliche Entscheidung des Vorstandes ist allen Delegierten als Anlage a) mit der Einladung zur heutigen Delegiertenversammlung zur Kenntnis gegeben worden. Von einer Verlesung wird deshalb abgesehen.

Somit ist das Protokoll gemäß § 1 Absatz 3 der Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung genehmigt.

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt 3 - Bericht des Präsidenten - nimmt Herr Schmiedel Stellung zu seiner in der Delegiertenversammlung vom 24.09.2009 getätigten und missverständlichen Aussage bezüglich der vor einigen Jahren aus verschiedenen Gründen ablehnenden Haltung der Kollegenschaft gegenüber Medeco. Diese Haltung gegenüber Medeco und den dort tätigen Kollegen habe sich geändert, es sollte mit dieser Aussage kein Kollege ausgegrenzt werden. Herr Schmiedel entschuldigt sich bei Herrn Weiß für das entstandene Missverständnis.

TOP 3 Bericht des Präsidenten

Herr Schmiedel berichtet über die nachfolgenden, seit der Delegiertenversammlung am 24.09.2009 stattgefundenen Termine und über Termine, die in näherer Zukunft stattfinden werden:

- 25.-26. September 2009: Koordinierungskonferenz Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der KZBV und BZÄK in Berlin;
- 7. Oktober 2009: BZÄK-Weiterbildungsausschuss Oralchirurgie und Kieferorthopädie in Berlin;
- 14. Oktober 2009: Presseveranstaltung gemeinsamer „Berliner Kinderzahnpass“ von ZÄK und KZV;
- 16.-17. Oktober 2009: KoKo „Neue Bundesländer“ in Erfurt; aus Sicht von Herrn Schmiedel wird das vermutlich letzte Treffen dieser Art am 29./30. Oktober in Berlin stattfinden;
- 20. Oktober 2009: Ausstellungseröffnung „Geschichte der Zahnheilkunde“ in Berlin;
- 21. Oktober 2009: Informationsgespräch mit Frau Karger und Frau Uhlig, Öffentlicher Gesundheitsdienst;
- 21. Oktober 2009: Vorstandssitzung Berliner Hilfswerk Zahnmedizin e. V.;
- 3. November 2009: Abschlussveranstaltung für das KV-Forschungsprojekt „Anpassung und Ausschaltung - Die Berliner KV im Nationalsozialismus“ in Berlin;
- 4.-7. November 2009: Deutscher Zahnärztetag / BZÄK-Vorstandssitzung / BZÄK-Bundesversammlung in München;

- 11. November 2009: Gespräch mit Frau ZÄ Hein und Herrn Dr. Zemlin, IUZB, zum Thema Philipp-Pfaff-Institut;
- 13.-14. November 2009: 19. Brandenburgischer Zahnärztetag in Cottbus;
- 18. November 2009: Veranstaltungsreihe „Interdisziplinäres Forum MED-DENT - Der Kinder-mund“;
- 20.-21. November 2009: Klausurtagung des Vorstandes der ZÄK Berlin in Strausberg;
- 25. November 2009: Gespräch ZÄK-KZV (Dr. Husemann) mit Herrn Schmidt, Frau Gregorchewski, Herrn Marquardt - Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen;
- 25. November 2009: Gesellschafterversammlung Philipp-Pfaff-Institut in Berlin; zwischenzeitlich wurden zusätzliche Ausweichräume im Springer-Verlagshaus bezogen, um die schwierige Situation in der Aßmannshäuser Straße zu mildern;
- 28. November 2009: Vertreterversammlung VZB in Berlin;
- 4. Dezember 2009: Curriculum: Weitere Entwicklungen der fachübergreifenden Zusammenarbeit, interdisziplinären Behandlungsmodelle und der Fortbildung;
- 4./5. Dezember 2009: Festakt / Ansprache „20 Jahre ZMP-Seminar“ in Berlin;
- 9. Dezember 2009: BZÄK-Europa-Ausschuss in Berlin;
- 15./16. Dezember 2009: interne Vorstandssitzung BZÄK in Berlin (u. a. Neuausrichtung des Deutschen Zahnärztetages; im Nachgang zum Deutschen Zahnärztetag wurde die PROGNOSE-Studie zur HOZ als fachlich, wissenschaftlich fundiert und richtig untermauert);
- 15./16. Januar 2010: 24. Berliner Zahnärztetag der ZÄK Berlin, KZV Berlin und des Quintessenz-Verlages (erfolgreiche und gut organisierte Veranstaltung mit 1.500 Teilnehmern);
- 20. Januar 2010: BZÄK-Weiterbildungs-Ausschuss in Frankfurt/M. (für die nächste Bundesversammlung ist die Vorstellung einer konsensualen Weiterbildungsordnung geplant; das Klinikjahr, welches in Berlin noch in der Weiterbildungsordnung aufgeführt ist, wird möglicherweise abgeschafft, da es in den Europäischen Richtlinien nicht vorgesehen ist);
- 20. Januar 2010: Neujahrsempfang der Apo-Bank in Berlin (Aufgrund mehrerer Gespräche mit der Apo-Bank, auch auf Vorstandsebene, bezüglich der schwierigen wirtschaftlichen Lage dort hat der Vorstand der ZÄK entschieden, die Anlagen bei der Apo-Bank nicht zu kündigen. Herr Steinkühler, Direktor der Niederlassung Berlin, wird auf der nächsten Vorstandssitzung am 24.02.2010 einen detaillierten Bericht abgeben.);
- 22.-23. Januar 2010: Hamburger Zahnärztetag;
- 26. Januar 2010: BZÄK/KZBV-Neujahrsempfang;
- 27. Januar 2010: BZÄK-Vorstandssitzung (die BZÄK hat die Schirmherrschaft für die Stiftung Hilfswerk Deutscher Zahnärzte übernommen);
- 29. Januar 2010: Gespräch mit Prof. Dr. Jost-Brinkmann zu Weiterbildungsangelegenheiten;
- 9.-10. Februar 2010: Parlamentarischer Abend der BZÄK in Straßburg.

Fragen an den Präsidenten:

Herr Sachs fragt an, ob Frau Dr. Kaschke an dem Gespräch am 25. November 2009 mit dem Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen teilgenommen hat. Herr Schmiedel teilt mit, dass Frau Dr. Kaschke zu diesem Termin verhindert war, jedoch in den Schriftwechsel und den gesamten Vorgang involviert ist.

Am 1. März um 18:30 Uhr findet in der KZV ein Informationsabend des Arbeitskreises Behindertenbehandlung der Zahnärztekammer Berlin unter Leitung von Frau Dr. Kaschke statt.

Herr Schleithoff und Herr Husemann äußern ihre Verwunderung über Äußerungen von Herrn Dr. Engel, Präsident der BZÄK, bezüglich der Akzeptanz von Festzuschüssen gegenüber der PKV zur Verhinderung der Öffnungsklausel, die in der DZW und dem „Klartext“ der BZÄK veröffentlicht wurden, und bitten um Stellungnahme. Herr Schmiedel wird der Sache nachgehen.

Der Antrag von Herrn Steiner, eine Resolution zum Thema Festzuschüsse durch die Delegiertenversammlung zu beschließen, wird von ihm zurückgezogen, da Herr Schmiedel das Thema zunächst mit Herrn Dr. Engel besprechen möchte.

Herr Husemann bittet Herrn Schmiedel, bei der BZÄK die Angleichung der (Punktwert-) Bedingungen der Zahnärzte in Ostdeutschland und Berlin an die Westverhältnisse weiter einzufordern.

Herr Kopp bittet um Stellungnahme des Präsidenten bzw. des Vizepräsidenten zu einem Vortrag von Herrn Prof. Roulet im Rahmen des Festaktes „20 Jahre ZMP-Seminar“ des Pfaff-Institutes am 04.12.2009 zur Institutionalisation der Prophylaxe in Berlin. Herr Geist teilt mit, dass die Vorträge im Vorfeld nicht bekannt waren. Herr Schmiedel kann keine Aussage zu diesem Vortrag machen, da er aufgrund eines weiteren Termins auf dem Festakt erst später anwesend sein konnte.

Weitere zukünftige Termine:

- 17.02.2010: Besuch der zahnmedizinischen Abteilung des Bundeswehrkrankenhauses in Berlin durch den Vorstand auf Einladung des Oberstarztes Dr. Makosch;
- 24.02.2010: Mitgliederversammlung des Berliner Hilfswerks Zahnmedizin e. V.;
- 12./13.03.2010: Frühjahrstagung der Deutschen Gesellschaft für Kinderzahnheilkunde;
- 13.03.2010: Aufstiegsfortbildung DH;
- 24.03.2010: Treffen der Heilberufskammern Berlin;
- 26.03.2010: Feierliche Verabschiedung der ZMV- und ZMP-Absolventinnen.

Herr Schmiedel bittet die Delegierten um Verabschiedung der vom Vorstand erarbeiteten und als Tischvorlage vorliegenden Resolution der Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin zur Freiberuflichkeit.

Nach intensiver Diskussion beschließt die Delegiertenversammlung einstimmig die dem Protokoll als Anlage TOP 3/1 beigefügte Fassung der Resolution.

TOP 4 Fragestunde

Herr Schleithoff findet die im letzten MBZ 02/2010 auf der ersten Seite geschaltete Anzeige der Firma dentaltrade zum Thema Zahnersatz aus internationaler Produktion, in der die KZV Bayern direkt angegriffen wird, ungünstig und fragt an, ob die Anzeige vorher bekannt war.

Herr Husemann, der den Leitartikel im selben Heft verfasst hat, erklärt hierzu, dass der Text bekannt war. Als Stellungnahme der KZV zu dieser Anzeige hat er den Leitartikel auf der gegenüber liegenden Seite verfasst, auch um zu verdeutlichen, dass es nicht grundsätzlich Vorbehalte gegen ausländischen Zahnersatz gibt, sondern nur gegen bestimmte Auswüchse. Dentaltrade hat die Werbeseite 1 für alle 11 Ausgaben des MBZ 2010 gekauft.

Herr Cornehlens fragt hierzu an, weshalb die Kammer und die KZV nicht ihr Mitspracherecht gegen die Anzeigenschaltung von dentaltrade genutzt haben, da hier mit der gerichtlich verbotenen Formulierung „Zahnersatz zum Nulltarif“ geworben wird.

Herr Geist erklärt hierzu, dass zum Redaktionsschluss Mitte Januar für die Februar-Ausgabe des MBZ die Rechtsprechung zu dieser Art von Werbung noch nicht vorlag, daher konnte von Redaktionsseite auch nicht reagiert werden. Auch in anderen Publikationen wurden langfristig geschaltete Anzeigen mit diesem Slogan veröffentlicht.

Ergänzend erklärt Herr Husemann, dass es sich bei dentaltrade um ein normales Labor handelt, welches zusätzlich im Ausland Zahnersatz fertigen lässt, ebenso wie andere, auch altbekannte Berliner Labore.

Herr Gneist fragt zur Anzeigenschaltung für eine Fortbildungsserie des IUZ / Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte e. V., Landesverband Berlin im MBZ 02/2010, ob es sich hierbei um Konkurrenzveranstaltungen zum Philipp-Pfaff-Institut handele.

Herr Geist als Verantwortlicher für die Kammer im Sinne des Presserechts erklärt hierzu, dass die Kammer und die KZV als tragende Körperschaften ein gewisses Mitspracherecht haben, wenn es darum geht, dass Anzeigen im MBZ im politischen Sinne oder in anderer Form gegen die Interessen des Berufsstandes verstoßen. Die hier angesprochene Anzeige ist nicht von einer Gesellschaft geschaltet, die Fortbildungen auf einem Markt anbietet, sondern von einem Verband initiiert, der Fortbildungen für seine Mitglieder, „von Kollegen für Kollegen“, anbietet.

Herr Schmiedel erklärt ergänzend zu den Fortbildungen des IUZ, dass Herr Dr. Schmidt-Rogge vom Pfaff-Institut involviert und zur Eröffnungsveranstaltung eingeladen ist.

Herr Schmiedel ergänzt, dass Fortbildungen „von Kollegen für Kollegen“ auch von anderen politischen Verbänden im MBZ beworben werden können, nicht jedoch politische Aktionen, wie z. B. Jahrestagungen, Landesversammlungen o. ä. von Verbänden. Frühere Anträge zur Öffnung des MBZ als Podium für berufspolitische Verbände wurden durch die Delegiertenversammlung der Kammer und auch durch die Vertreterversammlung der KZV abgelehnt.

Auf die Anfrage von Herrn Nachtweh, wer sich hinter PZI verbirgt, antwortet Frau Dohlus, dass es sich laut deren Webseite um einen unabhängigen Patientenverband (PZI e. V. - Pro-Zahn-Initiative) handelt, der jedoch von der Zahnärztekammer nicht unterstützt wird, da es sich nach Einschätzung des Vorstandes um einen gewerblichen Verein handelt, der unter dem Deckmantel einer Patienten-Interessengemeinschaft Mitglieder werben möchte.

TOP 5 Anträge

Herr Gneist teilt mit, dass die als Anlage c) der Tagesordnung beigefügten beiden Anträge der IUZB bis zur nächsten Delegiertenversammlung zurückgestellt und neu eingereicht werden.

Herr Schmiedel verwahrt sich gegen den im Anschreiben zu den Anträgen der IUZB vom 12.01.2010 geäußerten Vorwurf, er sei in seinem Antwortschreiben vom 05.05.2009 nicht, auch nur im Ansatz, auf die von der IUZB vorgetragene Bedenken eingegangen. Das Schreiben der IUZB wurde umfänglich und detailliert auf mehreren Seiten beantwortet. Der Schriftwechsel liegt den Delegierten als Anlage c) vor.

Es liegen keine weiteren Anträge vor.

TOP 6 Novellierung Satzungen:

- Überarbeitung Hauptsatzung der Zahnärztekammer Berlin - **Beschluss**
- Überarbeitung Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin - **Beschluss**

Herr Schmiedel bedankt sich bei dem gewählten Gremium zur Überarbeitung der Satzungen, den Kollegen Cwiertnia, Gneist, Gromball und Nachtweh, die im Auftrag der Delegiertenversammlung gemeinsam mit der Geschäftsführung der Kammer die Hauptsatzung und Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung grundlegend überarbeitet haben.

Herr Biker berichtet, dass das Gremium in nur einer Sitzung beide Satzungen bearbeitet und ergänzt hat. Die geplanten Satzungsänderungen wurden im Vorfeld der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz zur Kenntnis gegeben und die Änderungsvorschläge aus Sicht der Senatsverwaltung kommentiert.

Die wesentlichen Änderungen zur Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung werden von Herrn Biker ausführlich erläutert, u. a.:

Neuer § 2 Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung - Konstituierende Delegiertenversammlung -

§ 9 Absatz 4 Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung - Wahlen -

Im Unterschied zu den in der Hauptsatzung geregelten Vorstandswahlen enthält die Geschäftsordnung bislang keine Regelung für die Wahlen der Ausschüsse, Gutachter oder sonstiger Funktionsträger.

Von Herrn Schmiedel wird die dem Protokoll als Anlage **TOP 6/1** beigefügte Fassung der Geschäftsordnung nach kurzer Diskussion zur Abstimmung gestellt und von der Delegiertenversammlung einstimmig beschlossen.

Herr Biker erläutert die wesentlichen Änderungen zur Hauptsatzung, u. a.:

§ 8 Absatz 3 der Hauptsatzung - Beendigung des Amtes -

- Das beratende Gremium empfiehlt die Erhöhung des Quorums von „die Hälfte“ auf „zwei Drittel“ als Voraussetzung für die Abwahl des Vorstandes.
- Der Antrag auf Abberufung muss von mindestens 10 Mitgliedern der Delegiertenversammlung unterstützt werden.
- Der Antrag muss als ordentlicher Punkt auf der Tagesordnung angegeben werden.

§ 8 Absatz 4 der Hauptsatzung - Beendigung des Amtes -

- Folgende Ergänzung im ersten Satz des Absatzes wird von Herrn Biker zusätzlich zu den bereits in der Anlage d) aufgeführten Änderungen vorgeschlagen: Eine Neuwahl ist spätestens auf der nächsten Delegiertenversammlung vorzunehmen.

§ 18 Absatz 2 der Hauptsatzung - Ausschüsse -

- Herr Biker erläutert die Änderungsvorschläge zur Amtszeit der Ausschüsse sowie eine Ergänzung, die aufgrund einer Anregung der Senatsverwaltung ergänzend als neuer Satz 3 eingefügt wird: „Bis zur Neuwahl durch die neue Delegiertenversammlung führen die Ausschüsse und sonstigen gewählten Personen ihre Aufgaben kommissarisch fort.“

Im Rahmen der Diskussion zwischen den Herren Husemann, Kampmann, Gneist, Nachtweh, Schleithoff, Hessberger, Scharf, Kopp, Gromball, Cwiertnia, Moegelin und Schmiedel bezüglich der Änderungsvorschläge in § 8 Absatz 3 der Hauptsatzung werden die Vor- und Nachteile eines über der Hälfte aller Mitglieder der DV liegenden Quorums erörtert, das für die Abwahl eines Vorstandsmitglieds erforderlich sein soll. Hier wird u. a. darauf hingewiesen, dass bei einem 2/3-Quorum zu berücksichtigen sei, dass dann auch Vorstandsmitglieder im Amt verbleiben könnten, die nur noch das Vertrauen von etwas mehr als einem Drittel der Delegiertenversammlung besitzen.

Nach intensiver Diskussion entscheidet sich die Delegiertenversammlung im Ergebnis mehrheitlich dafür, in § 8 Absatz 3 bei der Regelung für die für die Abwahl eines Vorstandsmitglieds erforderliche Mehrheit "zwei Drittel" zu streichen und durch "die Hälfte" zu ersetzen. Da er Mitglied eines Gremiums ähnlicher Art ist, enthält sich Herr Husemann der Stimme bei dieser Abstimmung.

Herr Schmiedel stellt die um die in der Aussprache erfolgten Ergänzungen und Änderungen modifizierte Fassung der Hauptsatzung zur Abstimmung. Die Delegiertenversammlung stimmt der dem

Protokoll als Anlage TOP 6/2 beigefügten modifizierten Hauptsatzung bei 41 anwesenden Delegierten mit der nach § 20 Hauptsatzung erforderlichen Mehrheit bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen zu.

TOP 7 Beratendes Gremium zur Überarbeitung der Wahlordnung

Herr Schmiedel schlägt als Mitglieder des Gremiums zur Überarbeitung der Wahlordnung die Kollegen

- Dr. Franz-Josef Cwiertnia
- ZA Gerhard Gneist
- Dr. Jürgen Gromball
- Dr. Peter Nachtweh

vor, die bereits als beratendes Gremium die Hauptsatzung und Geschäftsordnung überarbeitet und im Vorfeld ihre Zustimmung zur Mitarbeit auch in diesem Gremium erklärt haben.

Die Delegiertenversammlung wählt in Blockwahl die vorgeschlagenen Mitglieder des Gremiums mehrheitlich, ohne Gegenstimme bei 4 Enthaltungen.

TOP 8 Verschiedenes

Herr Schmiedel spricht Herrn Schleithoff auf dessen Schreiben vom 25.01.2010 an, in dem dieser bemängelt, dass das Vorstandsmitglied, Herr Dobberstein, bei den mündlichen Abschlussprüfungen der Auszubildenden häufig nicht anwesend sei. Aufgrund des letzten Prüfungsdurchlaufes und nach Rücksprache mit Mitgliedern weiterer Prüfungsausschüsse bittet Herr Schleithoff den Vorstand in diesem Schreiben, Herrn Dobberstein aus seiner Vorstandstätigkeit zu entlassen.

Herr Schmiedel weist diesen Antrag zurück, da Herr Dobberstein als Vorstandsmitglied seine Pflichten wahrnimmt und nicht verpflichtet sei, an den Abschlussprüfungen teilzunehmen. Des Weiteren könne der Präsident ein Vorstandsmitglied nicht entlassen, hierzu ist laut Hauptsatzung ein Antrag an die Delegiertenversammlung zu stellen, über den dann abzustimmen sei.

Herr Schmiedel schließt die Delegiertenversammlung um 22:52 Uhr.

Berlin, 25. März 2010

Dr. Wolfgang Schmiedel
- Präsident -

Dr. Karsten Heegewaldt
- Vorstandsmitglied -